



Österreich als „erstes Opfer“, Österreicher als „erste Arisierer“ – und die vergessene Rolle der KPÖ Wie der Widerstand zum ersten Opfer des „Opfer“-Diskurses wurde

WINFRIED R. GARSCHA

Der erste Staat, der der Aggression Hitler-Deutschlands zum Opfer fiel, war das austrofaschistische Österreich. Ermöglicht wurde dies auch durch die Anbiederungs- und schließlich Kapitulationspolitik der austrofaschistischen Führung sowie jene Zehntausende, die nur darauf gewartet hatten, ihre jüdischen Nachbarn zu berauben und straflos demütigen zu können. Wer aber behauptet, 100 Prozent der ÖsterreicherInnen hätten 1938 gejubelt, liegt auf einer Linie mit Hitler, Goebbels und den heutigen Neonazis und hilft mit bei der „Entsorgung“ der ohnehin schwachen Tradition des antifaschistischen Widerstandes in Österreich. Außerdem wird durch eine solche Sichtweise die größte Gruppe derer, die nicht gejubelt haben – die österreichischen Juden und Jüdinnen – zu Nicht-ÖsterreicherInnen erklärt.

Der so genannte „Anschluss“ des März 1938 stellt eine Verschränkung dreier parallel laufender Vorgänge dar: der politische Umsturz im Inneren und die militärische Besetzung durch Deutschland erfolgten gleichzeitig – nämlich am 11./12. März –, die eigentliche Annexion, d.h. die administrative Eingliederung Österreichs in das Deutsche Reich, begann am 13. März 1938. Diese erstmals 1975 – in einem Aufsatz von Gerhard Botz¹ – vorgetragene Sichtweise, hat sich in der österreichischen Geschichtsschreibung durchgesetzt; sie findet ihre Bestätigung im Ablauf der historische Ereignisse:

Am 9. März kündigte Bundeskanzler Schuschnigg für den darauffolgenden Sonntag, 13. März, eine Volksbefragung über die Aufrechterhaltung der staatlichen Unabhängigkeit an, tags darauf begann Hitler-Deutschland mit der unmittelbaren Vorbereitung der militärischen Intervention und verstärkte am 11. März den Druck auf Österreich bis zur Forderung nach Übertragung der Regierungsgeschäfte an den nationalsozialistischen Innenminister Arthur Seyß-Inquart. Die

österreichischen Nazis, die durch Berlin telefonisch instruiert und durch Gerüchte über den unmittelbar bevorstehenden Einmarsch der Deutschen Wehrmacht ermutigt wurden, konnten im Laufe des Freitagnachmittags in den meisten Bundesländerhauptstädten die Macht übernehmen, um 19:47 Uhr kapitulierte auch Bundeskanzler Schuschnigg, vertraute Österreich seinem Herrgott an und untersagte dem Bundesheer jeglichen Widerstand, „damit kein deutsches Bruderblut vergossen“ wird. Am Morgen des 12. März begann die militärische Besetzung. Noch bevor die ersten Wehrmachtseinheiten die Grenze überschritten, landete der Reichsführer SS Heinrich Himmler auf dem Wiener Flughafen Aspern, um Verhaftungen und die Beschlagnahme des Goldschatzes der österreichischen Nationalbank zu koordinieren. Am Sonntag, 13. März, empfing der neue Bundeskanzler Seyß-Inquart Hitler in Linz und unterzeichnete mit ihm das „Anschluss“-Gesetz, mit dem Österreich zu einem Land des Deutschen Reiches wurde. Am 15. März jubelten fast 200.000 Wienerinnen und Wiener Hitler auf dem Heldenplatz zu.

Seit dem 12. März tobte auf den Straßen von Wien jener Pogrom, dem Alfred Hrdlicka mit seinem „straßenwuschenden Juden“ ein Denkmal zur dauernden Beschämung der Nachkommen der Täter gesetzt hat. Wiener Nazis – egal, ob solche, die schon vorher der illegalen NSDAP angehört hatten, oder solche, die plötzlich entdeckten, immer schon für Hitler gewesen zu sein – drangen in die Wohnungen ihrer jüdischen Nachbarn ein und „beschlagnahmten“ Teile der Einrichtung oder warfen die Mieter überhaupt auf die Straße. Nachdem die neuen Machthaben dem gesetzerlosen Treiben des Mobs ein Ende gesetzt hatten, setzten sie die Vertreibung jüdischer Mieter auf „gesetzlichem“ Weg fort. Das war nationalsozialisti-

sche „Sozialpolitik“: Hatte das Rote Wien zwischen 1923 und 1933 siebzigtausend Gemeindewohnungen aus Mitteln der Wohnbausteuer errichtet, so stellte die nationalsozialistische Gemeindeverwaltung 1938/39 durch die Vertreibung der jüdischen Bewohner dieselbe Anzahl von Wohnungen für „Volksgenossen“ zur Verfügung.

Der Großteil jener, die bei der Verteilung der Beute (deren gesetzlicher Rahmen die Bestimmungen zur „Arisierung“ jüdischer Vermögenswerte waren) zu kurz gekommen waren und sich aus der Raubgemeinschaft ausgeschlossen fühlten, hatte noch Jahrzehnte nach dem Pogrom kein schlechtes Gewissen. Im gleichnamigen Fernsehstück von 1961 erzählte der „Herr Karl“, wie er unter dem Gelächter des Hausmeister, der „immer bei aner Hetz dabei“ war, den Juden Tenenbaum vom Gemeindebau auf die Gasse geführt hatte, um die Parolen für die von Schuschnigg angesetzte Volksbefragung vom Gehsteig zu wischen, und beschwerte sich: „Dabei hab ich ja gar nichts davon g’habt ... Andere, mein Lieber, de ham si g’sund g’sstessn ... Existenzen wurden damals aufgebaut ... G’schäftent arisiert, Häuser ... Kinos! I hab nur an Juden g’führt. I war ein Opfer. Andere san reich worden. I war a Idealist.“²

Eva Kolmer, die bereits im Mai 1938 unter dem Namen Mitzi Hartmann in London das erste Buch³ über die Märztage in Wien herausbrachte, lief am Abend des 11. März 1938, nach der Radiorede Schuschniggs, durch Wien, und während rund um sie schon Hunderte illegale Nationalsozialisten und Opportunisten der ersten Stunde „Heil Hitler!“ grölten, wandte sie alle Überzeugungskraft auf, um prominente Nazi-Gegner im Regierungslager, mit denen sie persönlich bekannt war, zum Handeln zu bewegen. In einem Interview, das fünfzig Jahre nach dem „Anschluss“ in *Weg und Ziel* abgedruckt wurde, schilderte sie diese dramatischen Stunden.⁴



Zur selben Zeit saßen in einem Prager Kaffeehaus Mitglieder der Leitung der KPÖ um einen Radioapparat und verfolgten die Ereignisse in Österreich. Schon vor der Rücktrittsrede Schuschniggs wurden die Gerüchte, wonach deutsche Truppen schon in Österreich einrückten, in ausländischen Rundfunkstationen als Tatsachen gemeldet. Die später als Journalistin des *Abend* und der *Volksstimme* bekannt gewordene Eva Priester erzählte im kleinen Kreise, „Rotz und Wasser haben wir geheult“, die Runde sei sich aber klar gewesen, dass der Kampf weiter gehen müsse. Der Journalist Erwin Zucker (der unter dem Namen Schilling publizierte) wurde mit der Abfassung eines Aufrufs der KPÖ beauftragt. Er berichtete in einer Darstellung aus den 1960er Jahren:

„Ich schrieb den Entwurf in einem Zug, wozu wohl auch die fieberhafte Erregung jener Stunden beigetragen hat. Mit zwei Genossen hatte ich für den späten Abend noch eine Zusammenkunft vereinbart, um mit ihnen den Text durchzugehen, ehe ich ihn am Morgen der Leitung zur Bestätigung vorlegte. Einer davon war, wenn mich meine Erinnerung nicht täuscht, Genosse Oskar Grossmann.⁵ [...]“

Am frühen Morgen des folgenden Tages legte ich den Entwurf des Aufrufes, der ein historisches Dokument im Befreiungskampf im Befreiungskampf Österreichs werden sollte, Johann Koplénig und den anderen Genossen der Leitung vor. Es wurden nur wenige Korrekturen vorgenommen und beschlossen, ihn als Sondernummer der ‚Roten Fahne‘, die damals illegal in Reichenberg (heute Liberec) gedruckt wurde, ins Land zu bringen und im Ausland an möglichst vielen Stellen zu veröffentlichen. Darunter ‚Rudé Pravo‘⁷ und das deutschsprachige Organ der KPTsch ‚Rote Fahne‘ und die ‚Rundschau‘⁸ in Basel.⁹

Während *Rudé Pravo* über den Aufruf der KPÖ berichten konnte, verhinderte die tschechoslowakische Zensur ein Erscheinen im deutschsprachigen KPTsch-Organ.

Ob die illegale *Rote Fahne* mit dem Aufruf der KPÖ in Österreich verbreitet werden konnte, ist nicht sicher belegt, da sich die Erinnerungsberichte auch auf einen ähnlichen Aufruf vom Juni 1938 beziehen können, der nachweislich nach Österreich geschmuggelt wurde. Doch unabhängig von der Kenntnis des Wortlauts des Aufrufs vom 12. März 1938 organisierten Kommunistinnen und Kommunisten in ihrem jeweiligen Umfeld den Widerstand gegen die NS-Herrschaft in Österreich und ab Ende 1939 für die Niederlage Hitlers im Krieg.

Seit der Auseinandersetzung um die Kriegsvergangenheit Kurt Waldheims, der gemeint hatte, nur „seine Pflicht erfüllt“ zu haben, ist die – von der Geschichtswissenschaft damals bereits massiv in Frage gestellte – „Lebenslüge“ (Botz¹⁰) der Zweiten Republik zusammengebrochen: Mit Ausnahme einiger offizieller Regierungsvertreter und jener Kreise in der ÖVP, die den Österreich-Patriotismus für sich „gepachtet“ hatten, glaubte niemand mehr daran, dass 1938 ein „einig Volk von Brüdern“ von einem ausländische Aggressor unterworfen und anschließend dazu gezwungen worden war, beim Raubzug gegen die jüdischen Nachbarn, den Bestialitäten in den Konzentrationslagern und den zahllosen Kriegsverbrechen und Gräueltaten in den unterworfenen Ländern mitzutun. Im Gegenteil: Seit damals dominiert im politischen Diskurs, insbesondere innerhalb der liberalen Linken, die Vorstellung von den Österreichern als Weltmeister bei der Abrisierung jüdischer Vermögen, als die eigentlichen Betreiber der Konzentrations- und Vernichtungslager, ja gewissermaßen als Erfinder des Holocaust.

Das war ein kompletter „Paradigmenwechsel“: Die meisten ÖsterreicherInnen und ihre Regierungen hatten seit den späten 1940er Jahren so getan, als ob dieses Land zwischen 1938 und 1945 von Marsmenschen bewohnt gewesen und die Nazi-Verbrechen alle von „den Deutschen“ begangen worden wären. Es dauerte bis 1991, bis die Verantwortung der Republik für die Taten ihrer BürgerInnen auch in jener Zeit, in der Österreich als Staat nicht bestand, offiziell anerkannt wurde. Die Trennung zwischen der – widerwillig eingestandenen – Verantwortung Einzelner und der – jahrzehntelang geleugneten – Verantwortung des Staates ist zwar in erster Linie ein Ablenkungsmanöver zur Vertuschung des Ausmaßes der von ÖsterreicherInnen begangenen Nazi-Verbrechen. Sie ist aber auch Ausdruck einer weit verbreiteten „staatspolitischen“ Gesinnung: Für diese Herangehensweise an die Geschichte ist es nur der „Staat“, der zählt; die Bevölkerung ist nichts weiter als eine Art Anhängsel.

Im Jahr 2000 legten Erklärungen von Regierungsmitgliedern zur Annexion 1938¹¹ den Schluss nahe, als wolle die Regierung Schüssel zurück zur Selbstdarstellung Österreichs als „erstes Opfer“. Das führte zur Wiederauflebung des „Opfer“-Diskurses, GegnerInnen der „schwarz-blauen“ Regierung meldeten sich in Leserbriefen und Internet-Foren zu Wort und prangerten Österreicher als jenes Land an, das im Vergleich zu Deutschland sehr viel weniger zur Aufarbeitung der Vergangenheit und zur Wiedergutmachung des NS-Unrechts getan habe. Dabei geriet, wie schon in der Waldheim-Debatte, mitunter die simple Tatsache aus dem Blick, dass 1938 nicht das österreichische Bundesheer in Deutschland, sondern die Deutsche Wehrmacht in Österreich einmarschiert ist. Tatsächlich war das Beharren Schüssels auf dem „Opfer-Status“ des „Staates Österreich“ offensichtlich die Begleitmusik für die gleichzeitig mit jahrzehntelanger Verspätung in Angriff genommene ernsthafte Auseinandersetzung mit der Nicht-Rückgabe geraubter Vermögen.

Der „Opfer“-Diskurs mit seinen mitunter – vor dem Hintergrund der historischen Fakten etwas kuriosen – Auseinandersetzungen um die „Opfer“- oder „Täter“-Rolle Österreichs wurde auch im Jahre 2000 wieder so geführt, als hätte es in Österreich nur Nazis und hilflose Opfer gegeben. Der Widerstand und insbesondere die Rolle der KPÖ in diesem Widerstand war nicht Gegenstand dieses Diskurses – und zwar von *beiden* Seiten

nicht. Claudia Kuretsidis-Haider hat diese seltsame politische Blindheit mit der Tatsache in Verbindung gebracht, dass die Leistungen der österreichischen Justiz aus den ersten Jahren Zweiten Republik bei der Ahndung der NS-Verbrechen (an denen übrigens die damals kommunistisch geführte Staatspolizei nicht unwesentlich mitbeteiligt war) völlig in Vergessenheit geraten sind. Damit die Verdrängung der Beteiligung österreichischer Täter an den nationalsozialistischen Verbrechen aus dem öffentlichen Bewusstsein funktionieren konnte, „musste“ auch ihre Bestrafung aus der kollektiven Erinnerung verschwinden, d.h. es fand eine Art „zweite Verdrängung“ statt.¹²

In den 1970er und 1980er Jahren war in der KPÖ die Überzeugung weit verbreitet, der Verweis auf die Rolle der Partei in den März-Tagen des Jahres 1938 würde sich dazu eignen, Vorwürfen, wonach die Partei nichts als eine Agentur der Sowjetunion gewesen sei, entgegen zu treten. In der politischen Propaganda wurde das mit der Losung „KPÖ immer für Österreich“ umgesetzt.

Das Verdienst der KPÖ ist jedoch nicht, dass sie „für Österreich“ gewesen ist – vom marxistischen Standpunkt wäre außerdem zu fragen, für welches bzw. für ein (sozial und politisch) wie verfasstes Österreich? – sondern dass die Kommunistinnen und Kommunisten, die 1938 versuchten, in den verhängnisvollen Lauf der Ereignisse einzugreifen und Widerstand zu organisieren. Sie taten das in einer Situation allgemeiner Hysterie, rassistischer Exzesse auf der einen und verzweifelter Mutlosigkeit auf der anderen Seite.

Die KPÖ setzte damit Traditionen des antifaschistischen Widerstandes fort und versuchte, wie schon mit der Ausarbeitung der theoretischen Orientierung auf die Festigung eines österreichischen Nationalbewusstseins 1936/37, mitzuhelfen, Hitler-Deutschland an der Einverleibung Österreichs zu hindern – auch weil sie den „Anschluss“ als ersten Schritt zur Entfesselung des Zweiten Weltkrieges betrachtete, was durch die darauffolgende Entwicklung bestätigt wurde.

Dass die österreichischen Kommunistinnen und Kommunisten ihren Widerstand auch unter den unendlich schwieriger gewordenen Bedingungen des NS-Terrors und des Krieges fortsetzten und nicht die Niederlage Hitlers untätig abwarteten, ist eine Leistung, die bleiben wird. Diese Tatsache im öffentlichen Bewusstsein zu erhalten, auch wenn jene, die in diesem Widerstand ihr Leben aufs Spiel setzten, nicht mehr persönlich Zeugnis geben kön-

nen, ist die wesentlichste Aufgabe kommunistischer Geschichtspolitik.

Anmerkungen:

1/ Gerhard Botz, Von der Bundeshauptstadt zum Reichsgau. Die nationalsozialistische „Ostmark“-Politik und die Wiener Stadtverfassung und -verwaltung in den Jahren 1938 bis 1940. In: *Wiener Geschichtsblätter*. Sonderheft 2/1975, S. 166–185.

2/ Helmut Qualtinger/Carl Merz, Der Herr Karl und weiteres Heiteres, Reinbek bei Hamburg 1964, S. 16f.

3/ Mitzi Hartmann, Austria still lives, London 1938.

4/ Eva Schmidt-Kolmer, 11. März 1938, 20 Uhr: Auf der Suche nach einer provisorischen Regierung. In: *Weg und Ziel*, Nr. 3/1988, S. 96f.

5/ Aus Böhmen gebürtiger führender KPÖ-Funktionär, leitete ab 1940 die antifaschistische Zersetzungsarbeit unter deutschen und österreichischen Besatzungssoldaten in Frankreich. Grossmann wurde bei einem Bombenanschlag in Lyon im Mai 1944 schwer verletzt, im Krankenhaus von der Gestapo entdeckt, verhaftet und zu Tode gefoltert.

6/ Johann Koplenig, 1945–1965 Vorsitzender der KPÖ, leitete die Partei – als „Reichssekretär“ – seit 1924.

7/ Zentralorgan der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei.

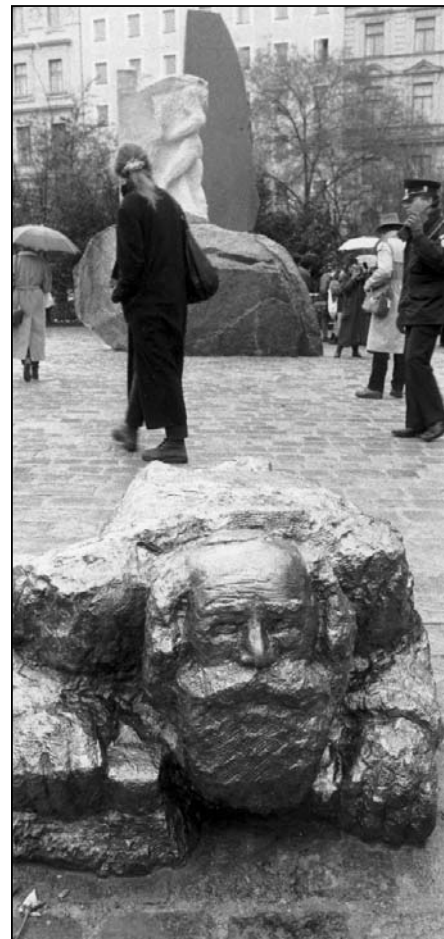
8/ *Rundschau über Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung*, erschien als Ersatz für die bis Ende 1932 in Deutschland herausgegebene Nachrichtenagentur der Kommunistischen Internationale Inprekorr (*Internationalen Presse-Korrespondenz*).

9/ Zitiert in: „Anschluss“ 1938. Eine Dokumentation, herausgegeben vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Wien 1988, S. 351f.

10/ Gerhard Botz, Österreichs Lebenslüge: „Opfer des Nationalsozialismus“, historische Tatsachen und Funktionen. Das Buch wird als Band 10 der Reihe „Österreich – Zweite Republik. Befund, Kritik, Perspektive“ erscheinen.

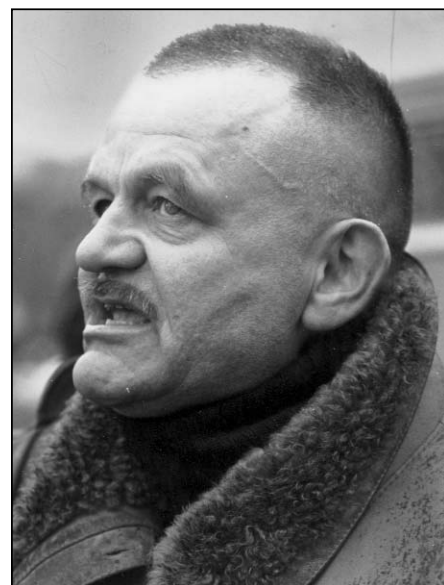
11/ Wolfgang Schüssel im November 2000: „Der souveräne österreichische Staat war das erste Opfer des Nazi-Regimes. Die Nazis nahmen Österreich mit Gewalt. Die Österreicher waren das erste Opfer. Natürlich vermindert das keineswegs Österreichs moralische Verantwortung.“ (Kanzler: Österreich erstes NS-Opfer, *Der Standard*, 10.11.2000; Ferrero-Waldner verteidigt Opfer-Theorie, *Salzburger Nachrichten*, 11.11.2000).

12/ Claudia Kuretsidis-Haider, Der Widerstand als Opfer der „2. Verdrängung“. In: *Weg und Ziel*, Nr. 5/1993, S. 3–12. Siehe auch: Winfried R. Garscha/Claudia Kuretsidis-Haider, Die Rolle des antifaschistischen Widerstands in der Politik der KPÖ nach 1945 vor dem Hintergrund der „Vergangenheitsbewältigung“ in Österreich. Endbericht des von der KPÖ finanzierten Forschungsprojekts, Wien 1993.



„Denkmal gegen Krieg und Faschismus“ von Alfred Hrdlicka am Wiener Albertinaplatz. Im Vordergrund der „straßenwaschende Jude“.

Gratulation



Der Vorstand der ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT gratuliert dem langjährigen Mitglied unserer Gesellschaft, dem österreichischen Bildhauer, Zeichner, Maler, Grafiker und Schriftsteller **Alfred Hrdlicka** zu seinem 80. Geburtstag am 27. Februar.